

Beitrag des Online-Flyers Nr. 82 vom 14.02.2007.

Fusion mit der Linkspartei/PDS beunruhigt auch WASG-Mitglieder in Köln

Rundbrief fordert zum Austritt auf

Von Christel Mertens

Nicht nur in Berlin ist die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) in heftige innerparteiliche Diskussionen über ihr Verhältnis zur Fusion mit der Linkspartei/PDS verwickelt. Während sich dort am Samstag die Delegierten eines Landesparteitages für den Leitantrag des Landesvorstands um Parteichefin Lucy Redler und damit gegen die Fusion mit der Linkspartei/PDS aussprachen, gehen in Köln WASG-Mitglieder noch einen Schritt weiter. Sie rufen vor der am 23. Februar anstehenden nächsten Mitgliederversammlung von WASG und Linkspartei Köln zum Austritt aus der WASG auf. Hier der „Brief an Genossinnen und Genossen der WASG“ im Wortlaut. Die Redaktion.

„Seit Gründung der WASG, zunächst als Verein, später als Partei, fühlten wir uns gemeinsam mit vielen anderen Menschen ermutigt, in dieser neuen linken Kraft engagiert mitzuarbeiten. Das Projekt WASG wurde von der Hoffnung vieler auf eine „Vereinigte Linke“ als Gegengewicht zu allen anderen, neoliberal ausgerichteten Parteien getragen.

Das hoffnungsvoll begonnene Projekt wurde durch eine Führungsmannschaft an der Spitze der Partei systematisch zerstört. Im Stile von administrativ handelnden Politbeamten wurde die neue, pluralistische, linke Sammlungsbewegung WASG in einen willfährigen Wahlverein umfunktioniert, der durch Anschluss an die PDS gleichgeschaltet und damit liquidiert werden soll.

Bei diesem sogenannten Vereinigungsprozess wurde in den letzten Monaten tief in die Mottenkiste der übelsten Traditionen der Parteiapparate von SPD und SED gegriffen:

- > Manipulativ eingesetzte Mitgliederbefragungen,
- > Einsetzung von Politikommissaren zur Absetzung gewählter Vorstände,
- > Beschimpfungen von Menschen mit anderen Positionen in organisatorischen und politischen Fragen in der Öffentlichkeit,
- > Diffamierungen statt inhaltlicher Klärung von Differenzen, etc.

Selbst bürgerliche Gerichte bescheinigten dieser famosen Führung ein „vordemokratisches“ Verständnis.

Diese, in bürokratischen Politikmustern steckengebliebene Apparatfraktion, bremste durch ihr Vorgehen nicht nur die anfängliche Aufbruchstimmung in der WASG, die sich in einem rasantem Mitgliederzuström ausdrückte, sondern sie blockierte zugleich die Möglichkeiten, ein zeitgemäßes, offenes, sozialistisches Projekt jenseits von Sozialdemokratie und Poststalinismus zu formulieren und es der herrschenden Politik des Neoliberalismus entgegenzustellen.

Stattdessen wird nach der administrativen Gleichschaltung der Partei nun die Fusion mit der PDS, in Wirklichkeit der Anschluss an diese organisiert. Die gleiche PDS, die als Regierungspartner der SPD in Berlin offen neoliberale Politik umsetzt, die in Dresden öffentliches Wohneigentum verscherbelte, in Mecklenburg-Vorpommern ein verschärftes Polizeirecht mit aus der Taufe hob, in Brandenburg das Bekenntnis zum „Rechtsstaat“ in die Parteisatzung schreiben will, dessen Politik von unzähligen sozial Verelendeten als „Unrechtsstaat“ empfunden wird.

Die Politik der PDS wird dabei nicht nach ausführlicher Debatte in der Mitgliedschaft, sondern von einem autokratisch handelnden Parteiapparat beschlossen und umgesetzt - und von einer passiven Mitgliedschaft im Geiste von „besser als nichts“ geduldet. Die Führung dieser Partei verfolgt dabei die strategische Prämisse, möglichst schnell eine den Normen der repräsentativer Demokratie unterworfenen Wahlpartei zu bilden, die der Parlamentsfraktion den Unterbau für uneingeschränktes Handeln liefert. Ihre politische Zielsetzung reduziert sich allein darauf, möglichst bald an der Macht teilzuhaben und Mehrheitsbeschaffer für eine abgewirtschaftete SPD zu werden.

Wir werden uns an diesem leicht durchschaubaren Manöver zum Aufbau einer PDS-plus in Westdeutschland nicht beteiligen.

Die anvisierte Anschlusspartei, wenn sie denn entstehen sollte, wird weder neu, noch attraktiv, noch lebendig, noch offen sein. Wir bedauern die vergebene Chance zum Aufbau einer kämpferischen Linken.

Wir sehen keinen Grund zur Resignation. Wir werden uns weiterhin für die ursprünglichen Ziele der WASG, wie sie bei ihrer Gründung formuliert wurden, einsetzen. Wegen dieser Ziele sind wir seinerzeit in die WASG eingetreten und wegen der Aufgabe dieser Ziele durch die Partei treten wir heute aus.

Wir werden uns zukünftig im Rahmen eines kommunalen Linksbündnisses, wie beispielsweise „Gemeinsam gegen Sozialraub“ (GgS) in Köln um den dringenden Protest gegen die herrschenden Verhältnisse bemühen.

Wir kämpfen weiter für gesellschaftlichen Fortschritt.

Eine andere Welt ist nötig und möglich!“

Die unterzeichnenden Personen erklären hiermit ihren Austritt aus der WASG:

Axel Kraemer, Frank Braun, Horst Hilse, Helmut Wendler, Hans Peiffer, Peter Strehl

Kontakt:

<http://www.nrhz.de>

info@nrhz.de